

# Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Nummer 3

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 18. Jänner 1952

## Ein unerfreuliches und unverständliches Kapitel

Die Lage der allg. öffentl. Krankenhäuser beschäftigt schon durch längere Zeit die Öffentlichkeit, ohne daß die zur Erörterung stehenden Fragen einer Lösung zugeführt werden konnten. Im Nationalrat als auch in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen befaßte man sich damit. Finanzminister Doktor Margaretha erklärte im Nationalrat, daß diese brennende Frage gelöst werden müsse und daß der Bund eingreifen werde. Er ermahnte u. a. zur größten Sparsamkeit, eine konkrete Zusage des Bundes ist bisher aber noch nicht erfolgt. Nun aber ist die ganze Angelegenheit in ein Stadium getreten, welches eine längere Hinausschiebung nicht mehr verträglich ist. Die Gemeinden müssen ihre Haushaltspläne beraten und beschließen und sehen sich meist außerstande, für die Abgänge die notwendige Bedeckung zu finden. Abgesehen davon verweisen die Gemeinden darauf, daß nicht die eigene Gemeinde die Ursache des Defizits ist, sondern daß ihre Anstalten deshalb die hohen Abgänge haben, weil die Einzugsgemeinden nichts oder nur wenig zum Betrieb der Krankenhäuser beitragen, obwohl sie den größten Teil der Patienten stellen. Dies geht so weit, daß z. B. das Krankenhaus Scheibbs nur zu 6 Prozent von den Bewohnern der Stadt Scheibbs in Anspruch genommen wurde, in Waidhofen sind es bei 30 Prozent. Eine Hauptursache der finanziellen Schwierigkeiten der Krankenhäuser sind die Minderleistungen der Krankenkassen. Bis 1938 war die finanzielle Situation derart, daß die Krankenkassen für ihre Patienten kostendeckende Verpflegungssätze leisteten. Entstand trotzdem ein Defizit im Krankenhaus, dann wurde dieses zu drei Achtel vom Bund, zu drei Achtel vom Land und zu zwei Achtel vom Sanitätspräsidium des Krankenzustandesbezirks getragen. Seit 1945 ist die finanzielle Lage derart, daß weder der Bund noch das Land oder der Bezirk zu den Kosten des Krankenhauses beigetragen haben. Die Krankenkassen zahlen jedoch für die von ihnen eingewiesenen Patienten keine kostendeckenden Verpflegungssätze. Während in der gesamten Welt der Grundsatz gilt: „Jede Leistung ist des Lohnes wert“, ist es bei den Krankenkassen derart, daß diese die von der Landesregierung festgesetzten Mindestverpflegungssätze einfach mißachten und die von ihnen willkürlich festgesetzten Verpflegungssätze dem Krankenhaus aufoktroieren. So z. B. betragen die kostendeckenden Tagessätze derzeit in Waidhofen 42 Schilling, während die Krankenkassen 27 Schilling bezahlen, also mit 15 S unter den Eigenkosten zurückbleiben. Ähnliche und gleiche Verhältnisse herrschen in allen Krankenhäusern. Da die meisten Patienten Krankenkassenmitglieder sind — man schätzt sie auf 75 Prozent — so ist es verständlich, daß gerade die Verpflegungskosten den größten Einfluß auf die Finanzlage der Krankenhäuser ausüben. Es ist daher erklärlich, daß sämtliche spitalerhaltenden Gemeinden einen entscheidenden Schritt in dieser Hinsicht unternehmen und den Vertrag mit den Krankenkassen kündigen. (Siehe Gemeinderatssitzungsbericht in unserer vorigen Nummer.) Sollte bis zum 1. April dieses Jahres kein neuer Vertrag zustandekommen, so müssen die Patienten den Krankenhäusern die vollen Verpflegungsgebühren zahlen und die Patienten wären gezwungen, diese Gebühren von den Krankenkassen abzuverlangen. Dies wäre eines sozialen Staates unwürdig und es ist zu erwarten, daß die Krankenkassen einer Lösung zustimmen, die ihrer derzeit nicht schlechten finanziellen Lage entspricht, haben doch einzelne Krankenkassen, u. a. die Bundeskrankenkasse, nicht unbedeutende Überschüsse. Mit der Regelung des Vertrages mit den Krankenkassen ist die finanzielle Notlage jedoch noch nicht restlos behoben. Erforderlich ist eine gesetzliche Regelung der Beitragspflicht von Bund und Land, wie sie vor 1938 bestanden hat, und die Heranziehung des Einzugsgebietes. Weiters handelt es sich um den Ausbau der Krankenhäuser, so weit sie räumlich erweitert werden sollen und um deren Ausgestaltung entsprechend den neuesten Forderungen der medizinischen Wissenschaft. Der Zuzug zu den Krankenhäusern wird bekanntlich immer

## Mittel gegen die Winterarbeitslosigkeit bereitgestellt

Die fleischlosen Tage bleiben

Das Wirtschaftsdirektorium unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Ing. Figl beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Aufteilung der zuletzt freigegebenen 400 Millionen Schilling Counterpartmittel. Bei der Verteilung wurde besonders auf die Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit Rücksicht genommen. Anschließend befaßte sich das Wirtschaftsdirektorium mit den auf dem Agrarsektor zu treffenden Maßnahmen zur Erhöhung der Marktleistung. Zum eingehenden Studium dieser Frage wurde ein Komitee eingesetzt. Bundesminister Kraus berichtete über die Anlegung von Vorräten an Schweinefleisch und Speck. Er gab bekannt, daß bis jetzt 200 Tonnen Speck eingelagert wurden und daß diese Vorräte auf 500 Tonnen Schweinefleisch und 1000 Tonnen Speck erhöht werden sollen. Er betonte, daß die laufende Einfuhr zu einer Verbesserung der Marktlage geführt habe und das Anlegen von Vorräten gestatte, ohne daß dafür Devisen ausgegeben oder neue Geschäfte abgeschlossen werden müssen. Der Bericht wurde vom Wirtschaftsdirektorium genehmigt. Auf Antrag des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft wurde weiters beschlossen, die Prämienaktion für die Ablieferung von inländischem Brotgetreide der Ernte 1951 bis zum 31. März 1952 zu verlängern. Wie der Landwirtschaftsminister berichtete, zeigt die Ablieferung in letzter Zeit eine steigende Tendenz. Das Wirtschaftsdirektorium beschloß weiters, die Ausfuhr von Zucht-

und Nutztieren für das erste Halbjahr 1952 im Rahmen der bestehenden Handelsvertragskontingente zuzulassen.

Bundesminister Dr. Kolb berichtete, daß sich die bis Ende 1951 bewilligten Erleichterungen in der Handhabung des Außenhandelsverkehrsgesetzes in jeder Hinsicht bewährten. Er beantragte, diese erleichterte Handhabung auf drei Monate zu verlängern. Das Wirtschaftsdirektorium befaßte sich sodann mit der Anregung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft auf Aufhebung der beiden fleischlosen Tage und der Beschränkungen im Verbrauch von Kalb- und Schweinefleisch.

Trotz dieser Anregung beschloß das Wirtschaftsdirektorium, die fleischlosen Tage und die Beschränkungen für den Verbrauch von Kalb- und Schweinefleisch aufrechtzuerhalten, da es einhellig die Meinung vertrat, daß die Versorgungslage die Lockerung dieser Bestimmungen noch nicht gestatte.

Das Wirtschaftsdirektorium wird die zuständigen Stellen auffordern, die Einhaltung der Vorschriften über die Beschränkung des Fleischverbrauches schärfstens zu beobachten. Es erinnert außerdem daran, daß auch die Erzeugung von Schlagobers und Kaffeeobers verboten ist. Das Wirtschaftsdirektorium gab der Meinung Ausdruck, daß die Einhaltung der beiden fleischlosen Tage um so leichter möglich sei, als für die beiden Tage genügend Ausweichungsmittel vorhanden sind, da der Verbrauch von Geflügel, Fischen, Wild und Schafffleisch nach wie vor gestattet ist.

des wegen Diebstahls verhafteten 38-jährigen Tischlergehilfen Johann Stöckl aus Grundlsee stellte sich heraus, daß er im Dezember 1946 seine Geliebte, die damals 22-jährige Maria Kain aus Lauffen, die von ihm ein Kind erwartete, durch Pistolenschüsse getötet und in den Traunsee geworfen hatte.

## AUS DEM AUSLAND

Die Rattenplage in Amsterdam nimmt immer mehr überhand. Die Zahl der Ratten wird bereits auf eine Million geschätzt, was ungefähr der Einwohnerzahl der Stadt entspricht. Nun hat eine gründliche Säuberung der am stärksten betroffenen Stadtviertel begonnen. Die Bewohner der betreffenden Häuser sollen inzwischen in Jugendherbergen in den Vororten untergebracht werden.

Großbritannien verfügt im Vergleich zu seiner Bevölkerungsdichte über die größte Zahl von Personenkraftwagen in Europa. Auf jeweils 21 Personen entfiel der Statistik zufolge im Jahre 1950 ein Personenkraftwagen. An zweiter Stelle folgen in der Aufstellung Frankreich und Schweden, wo auf 28 Personen ein Auto entfällt. Die Zahlen für die übrigen westeuropäischen Staaten lauten: Luxemburg 31, Schweiz 32, Belgien 36, Westdeutschland 49, Norwegen 51, Holland 73, Österreich 136, Italien 138, Türkei 2124 und Jugoslawien 2267 Personen je Personenkraftwagen.

Die großen Pariser Modehäuser haben in ihrem Kampf gegen den Diebstahl ihrer Modeeffekte eine neue Waffe in die Hand bekommen. Der Rat der Republik billigte einen Zusatz zum Strafgesetzbuch, wonach jeder, der unberechtigt ein Modellkleid kopiert und auf den Markt bringt, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und einer Geldstrafe bis zu 500.000 Francs für jedes gestohlene Modell bestraft werden kann.

Einem Saatgutzüchter in Württemberg ist es nach jahrelangen Versuchen gelungen, eine europäische Art von Reis zu züchten, die auf dem kargsten Boden und auch im Gebirge zu gedeihen verspricht. Der Reis soll wildfrucht- und hagelfest sein und nicht viel anders schmecken als seine asiatischen Schwesterpflanzen. Er besitzt einen größeren Anteil an Eiweiß als Weizen.

Die Moskauer Industrie produziert heute bereits mehr als ganz Rußland vor 1917; die sowjetische Industrieproduktion ist jetzt zwanzigmal so groß wie 1913. In Moskau befinden sich mehr als 2000 vielstöckige Häuser im Bau, darunter Hochbauten bis zu 250 Meter Höhe. Die Industriebetriebe und Haushalte von Moskau, Leningrad und Kiew werden durch Erdgasfernleitungen über Hunderte von Kilometern mit billigem Brennstoff versorgt. Zwei Drittel aller sowjetischen Wasserkraftwerke werden bei einer minimalen Anzahl von Arbeitskräften automatisch gelenkt, wodurch die Stromerzeugung erheblich verbilligt wird.

Millionärsfamilien besitzen 25 bis 30 Automobile, einige haben sogar hunderte Autos. Wie aus Abschlußberichten über die Autolizenzen in den Staaten am Atlantik hervorgeht, hat die Familie Dupont über 500 Personenkraftwagen. Der Gesamtwert der Immobilien der Familie Vanderbilt beträgt 120 Millionen Dollar.

Im Jahre 1950 kamen in den USA. mangels Arbeitsschutzvorrichtungen 15.000 Arbeiter bei Betriebsunfällen ums Leben; an die zwei Millionen Personen erlitten Verletzungen.

## Ein Beispiel heldenhafter Pflichterfüllung

Der amerikanische Frachter „Flying Enterprise“ mußte am 10. ds. im Verlauf eines heftigen Sturmes von Kapitän Carlsen

## Nachrichten

AUS ÖSTERREICH

Zum politischen Vertreter der UdSSR. als Nachfolger des Gesandten M. E. Koptelow wurde der Gesandte S. M. Kudriawzew ernannt.

Der sozialistische Bürgermeister von Steyr, Steinbrecher, hat ein Telegramm an Bundeskanzler Figl und an Justizminister Tschadek gerichtet, in dem er mitteilt, daß eine Delegation der gesamten Arbeiterschaft Steyrs die Verhinderung der Rückstellung der Starhemberg'schen Güter und die rasche Durchführung des Hochverratsverfahrens fordert. Die Empörung sei um so größer, als Starhemberg die Stadt Steyr am meisten geschädigt habe. Als verantwortlicher Bürgermeister verweise Steinbrecher auf den Ernst der Lage.

Das Wirtschaftsdirektorium setzte als Höchstmenge für österreichische Schnittholzexporte für das laufende Jahr drei Millionen Kubikmeter fest. Hinzu kommen noch 200.000 Kubikmeter aus dem Kontingent 1951, die nicht in Anspruch genommen wurden. Die Schnittholzvorräte werden auf 600.000 bis 900.000 Kubikmeter geschätzt.

Das österreichische Papierkartell verläutert, daß vom Jänner bis November 1951 die Exporteinnahmen von 673 auf 1390 Millionen Schilling gegenüber 1950 gestiegen sind. Somit haben sich die Profite der Papier-, Zellulose- und Holzstofffabrikanten innerhalb eines Jahres verdoppelt.

Im Vorjahr wurden rund 5500 neue Personenkraftwagen aus dem Ausland eingeführt und in Verkehr gestellt, gegenüber 4275 Per-

sonenautos im Jahre 1950. Die Steigerung beträgt demnach fast 30 Prozent. Wiederholt ist von der Regierung angekündigt worden, daß sie die Einfuhr von Luxusautos unterbinden wird, um die Devisenlage nicht zu verschlechtern. Nichts dergleichen ist geschehen.

Der Zentralverband der Aktiengesellschaften meldet, daß sich die Zahl der Aktiengesellschaften von 1945 bis Ende Dezember 1951 um 113 auf 656 erhöht hat, die ein buchmäßiges Aktienkapital von nicht weniger als 5000 Millionen Schilling besitzen. Die Kurse der Aktien sind 1951 um durchschnittlich 50 Prozent gestiegen.

Kürzlich wurde auf der Strecke Melk—Maria-Laach außerhalb der Ortschaft Gossam der Postautobus von einem Rudel Wildschweine zum Halten gezwungen. Vom Scheinwerferlicht des Wagens geblendet, blieben die Tiere mitten auf der Straße stehen und zwangen so den Autobus zum Stoppen. Als der Fahrer die Scheinwerfer abblendete, zogen sich die Tiere wieder in den angrenzenden Wald zurück.

Bei der Eröffnung des Schiffs in Imst blieb die zehnjährige Lehrerstochter Herlinde Palasser mit einem ihrer Zöpfe im Getriebe des Lifts hängen und wurde, ehe der Lift abgestellt werden konnte, skaliert. Die Verunglückte wurde in die Innsbrucker Klinik eingeliefert.

Durch Zufall gelang der Ischler Gendarmerie die Aufklärung eines Mordes, der fünf Jahre zurückliegt. Bei der Einvernahme

stärker und es kann den spitalerhaltenden Gemeinden nicht zugemutet werden, alle diese Lasten zu tragen. Aus den Mehrerträgen, die bei einem günstigen Vertragsabschluß mit den Krankenkassen zu erwarten sind, können diese nicht bestritten werden, bestentfalls werden sich die Defizite verringern. Die Gemeinden haben in den letzten Jahren Opfer genug gebracht, es ist nun an der Zeit, damit Schluß zu machen. So hat die Stadtgemeinde Waidhofen die Defizite der laufenden Jahre ihres Krankenhauses gedeckt. Im Jahre 1950 erreichte dieses bei 150.000 S, im Jahre 1951 beinahe 280.000 S. Diese Beträge könnte die Stadtgemeinde anderswo nutzbringend verwenden. Was das Jahr 1952 bringen wird, ist wegen des in Frage stehenden Vertrages mit den Krankenkassen noch nicht feststellbar,

doch wird es ohne Defizit nicht abgehen. Wer hat nun in einer solchen Lage meist den Schaden? Es ist das immer der Kranke und außerdem die Lieferanten der Krankenhäuser, die oft endlos auf die Bezahlung ihrer Rechnungen warten müssen.

Das Waidhofner Krankenhaus hat es sich bisher immer angelegen sein lassen, die schwierige Lage so zu meistern, daß der Kranke davon nichts verspürte, im Gegenteil, es wurden viele Neuerungen durchgeführt, die den Kranken zugute kommen. So wurde u. a. auch der Operationssaal nach den neuesten Errungenschaften instandgesetzt. Der Umbau auf Ölbeheizung soll eine wesentliche Ersparung ermöglichen und eine Verbesserung bringen. Die Stadtgemeinde wird für diesen Umbau in ihrem Voranschlag 75.000 S einsetzen, ein Zeichen,

daß sie sich ihrer Pflichten bewußt ist und daß sie diesen auch nachkommen will, was ihr aber bis heute zugemutet und aufgelastet wurde, geht über ihre Kraft. Alle übrigen spitalerhaltenden Gemeinden sind vor die gleichen Entscheidungen gestellt, einige drohen sogar mit der Sperrung der Krankenhäuser. Einer Gemeinde fällt es leichter, der anderen schwerer, leicht wird es keiner. Es muß in der nächsten Zeit Ordnung gemacht werden, denn keine der in Frage stehenden Gemeinden kann für das laufende Jahr einen ernst zu nehmenden Voranschlag erstellen, wenn über diesen stets das Damoklesschwert des Krankenhausesdefizites schwebt. Auch von den Geschäftsleuten kann auf die Dauer nicht verlangt werden, daß sie den Krankenhäusern über die übliche Zeit hinaus kreditieren.









